

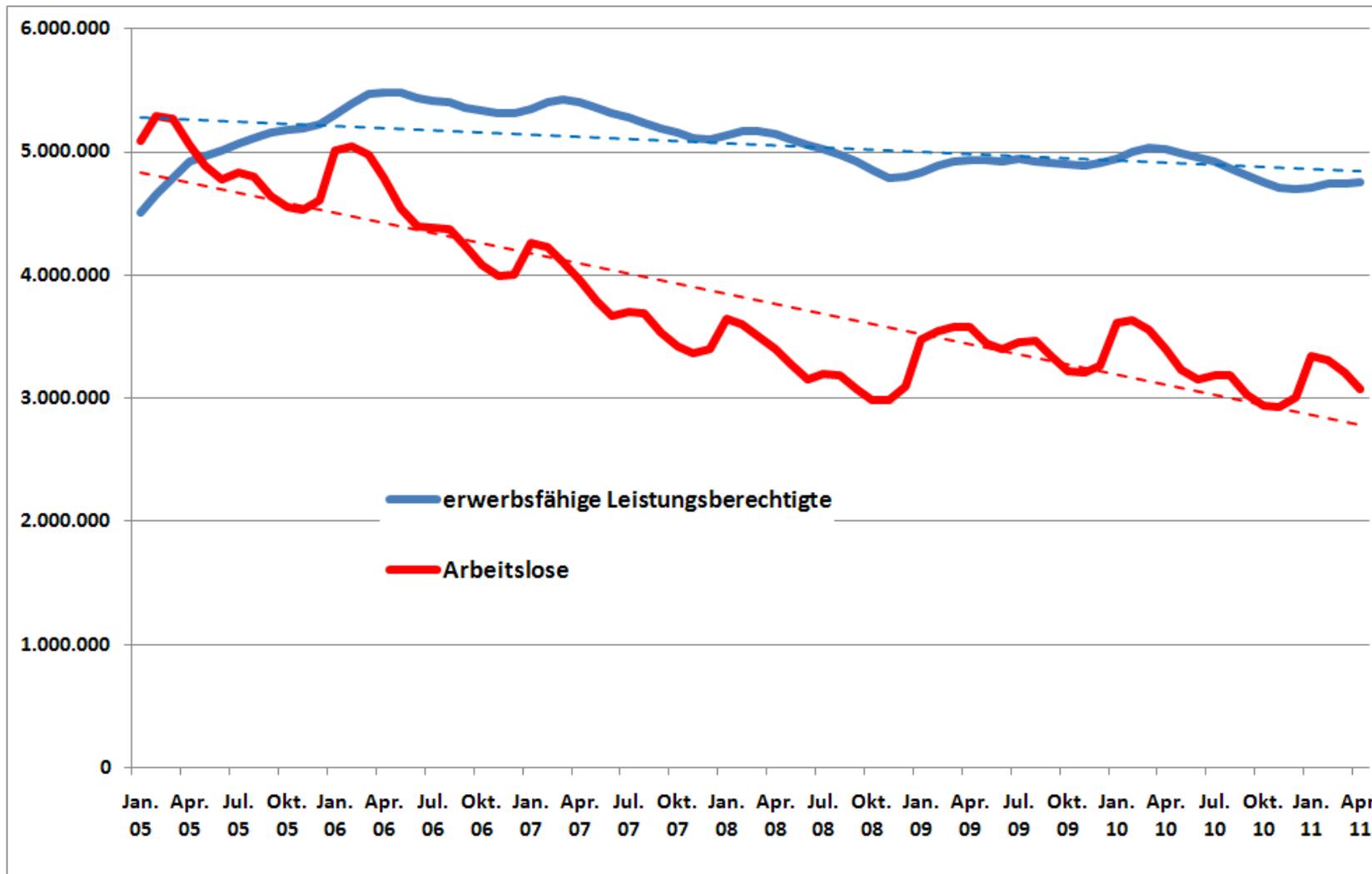
Matthias Knuth

Handlungsbedarfe und –chancen bei der aktiven Arbeitsförderung

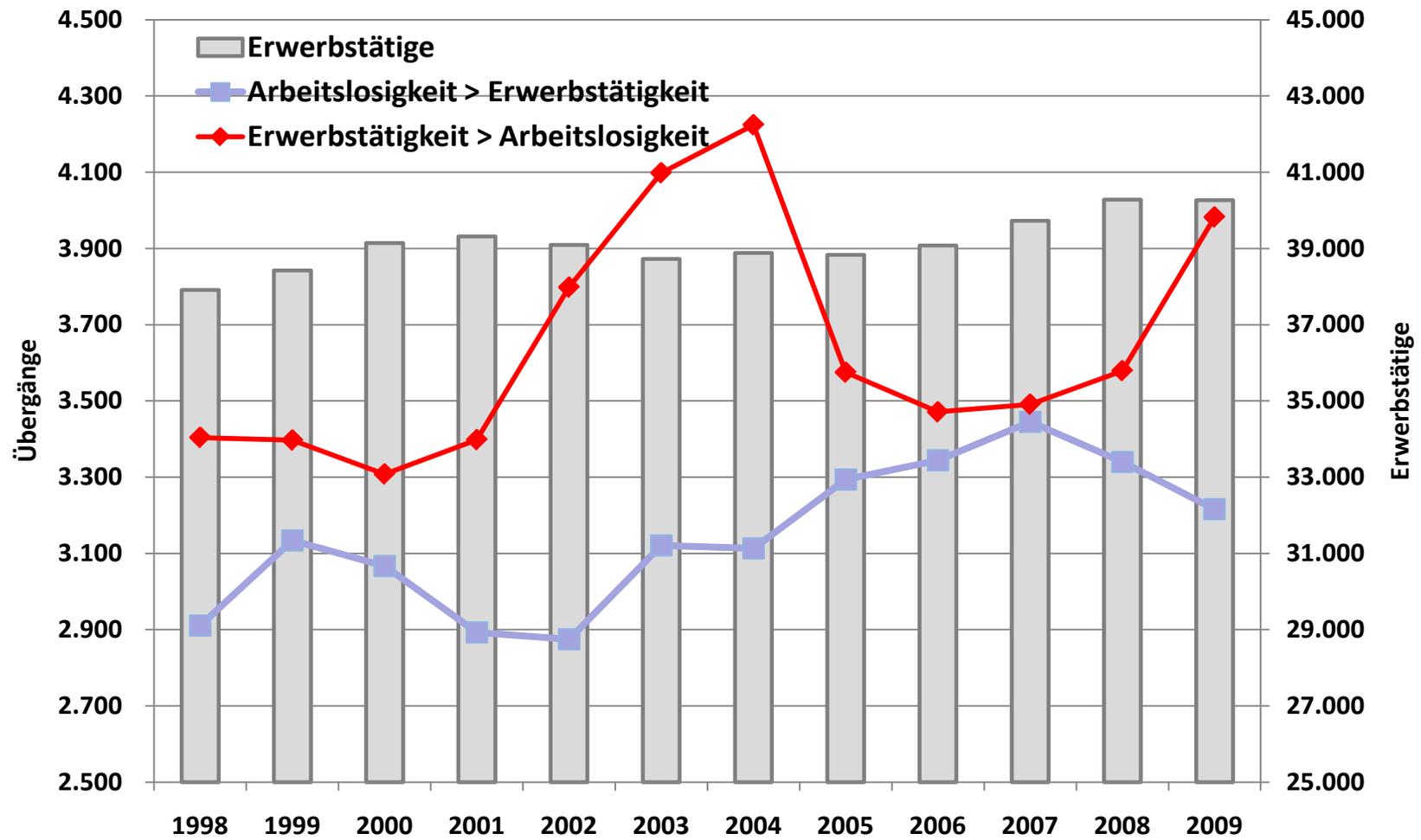
Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente
– Anforderungen und Konzepte

Fachtagung von DGB und FES am 8. Juni 2011

Arbeitslose und erwerbsfähige SGB II-Leistungsberechtigte seit Einführung des SGB II

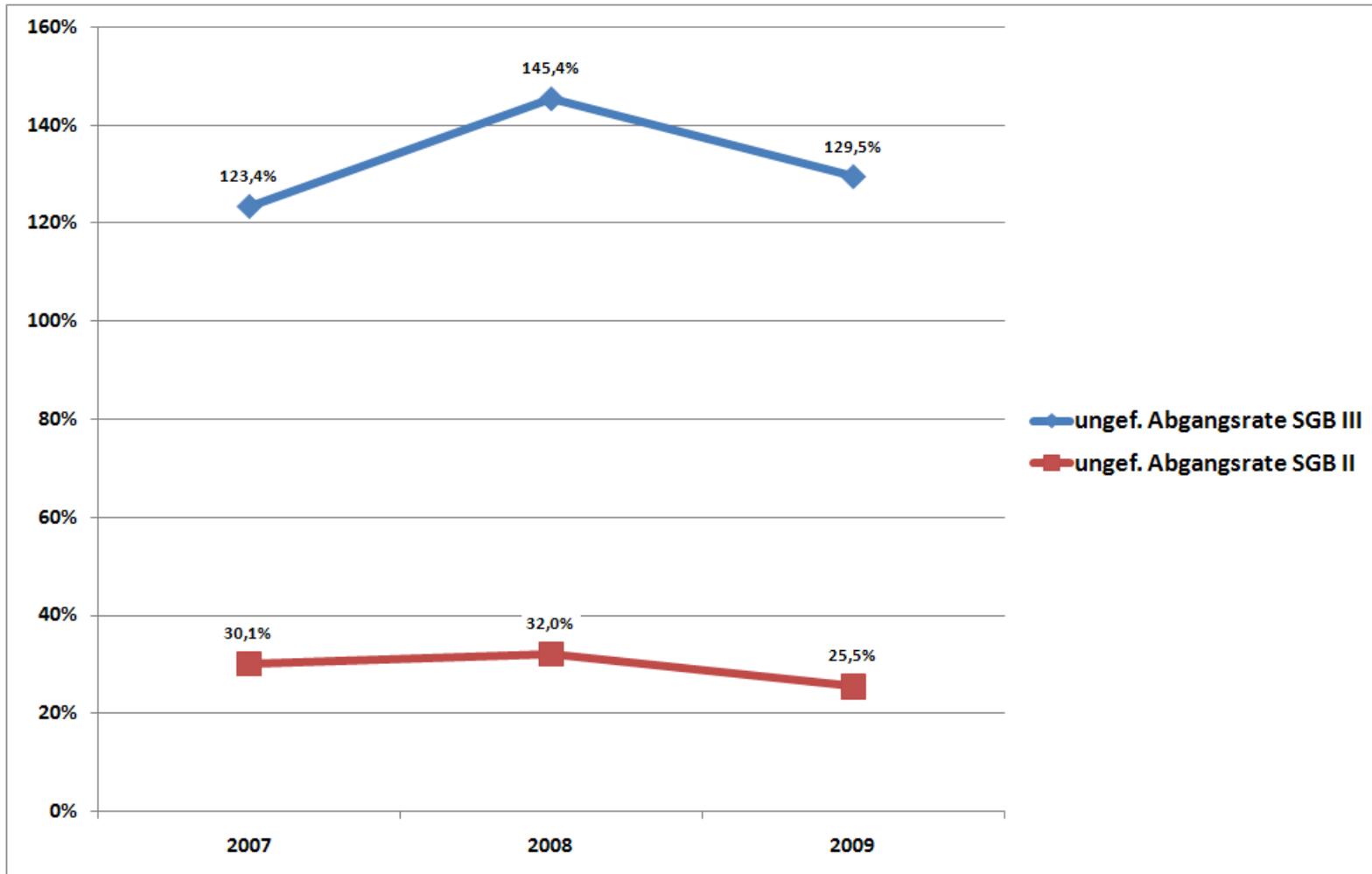


Jährliche Übergänge von Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit und umgekehrt, ohne Auszubildende, inkl. 2. AM, i. Tsd.

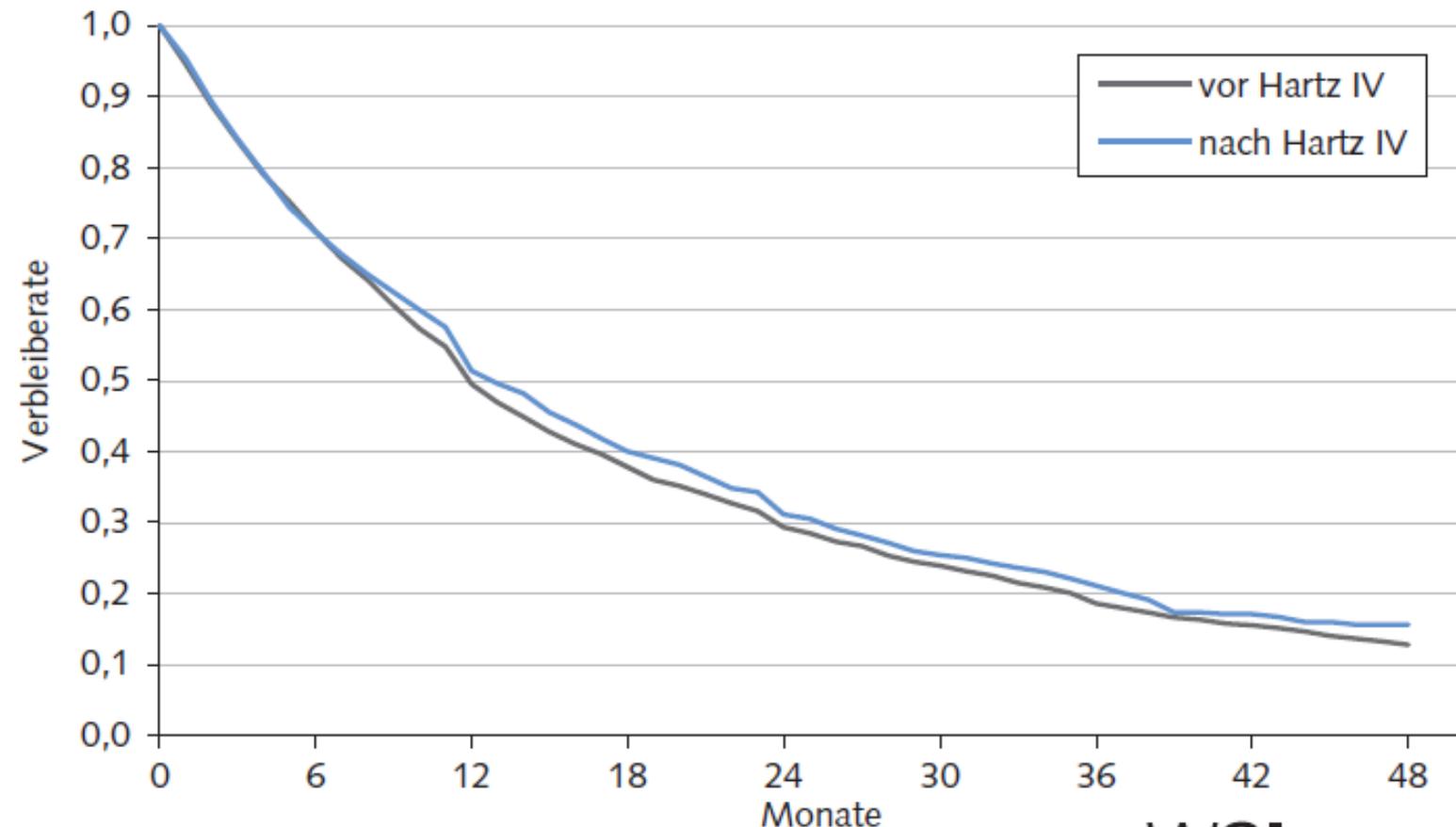


Bundesagentur für Arbeit (2010): Arbeitsmarkt 2009. Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg. (Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, 58. Jahrgang, Sondernummer 2)

Abgangsrate aus Arbeitslosigkeit in ungeforderte Beschäftigung nach Rechtskreisen (Abgangsrate = Abgang : Jahresdurchschnittsbestand)

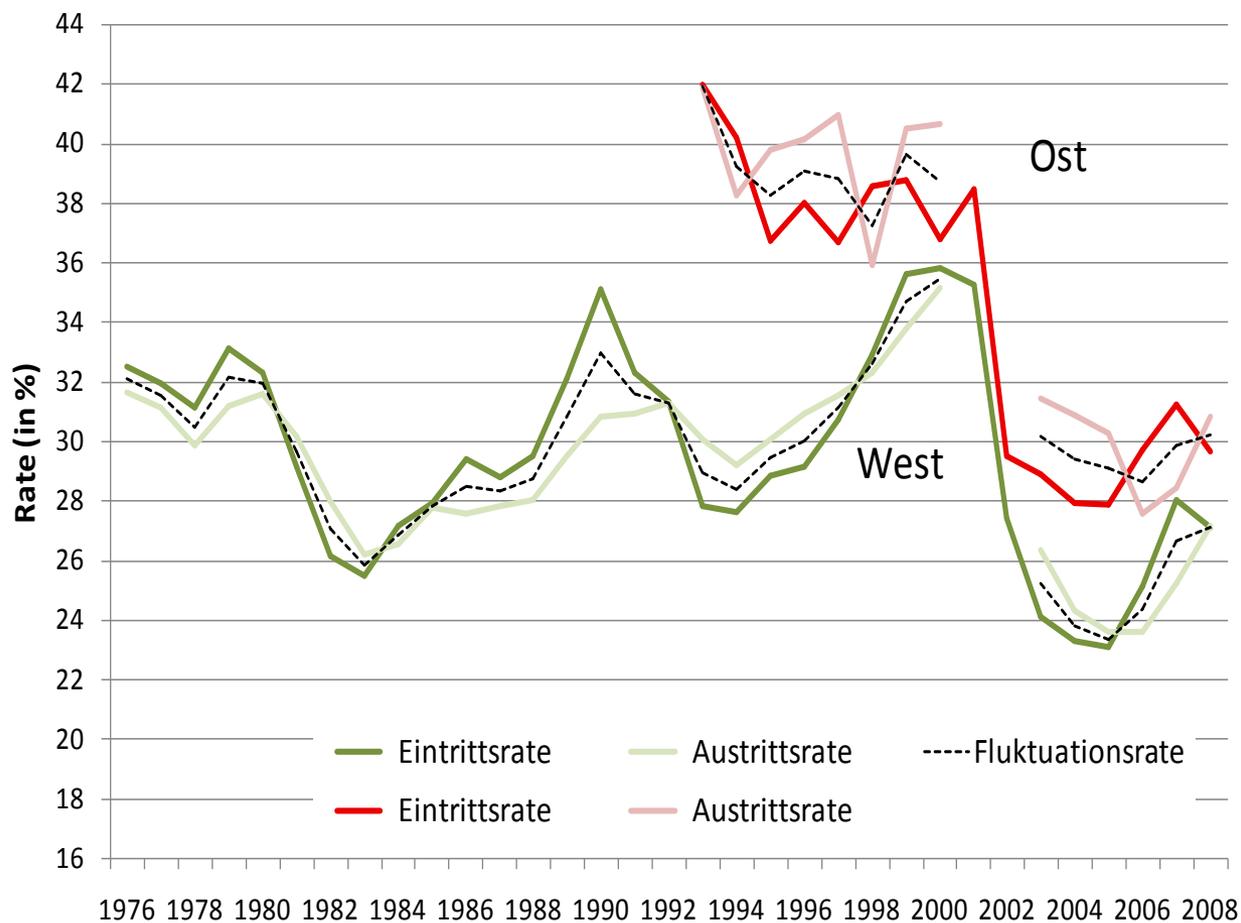


Vergleich der Verweildauer von Sozialtransferbeziehern (Sozialhilfe & Arbeitslosenhilfe 2002-2004, ALG II 2005-2007) in Arbeitslosigkeit



Quelle: Berechnungen der Autoren mit Daten des SOEP, gewichtet.

Fluktuationsraten sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, West- und Ostdeutschland

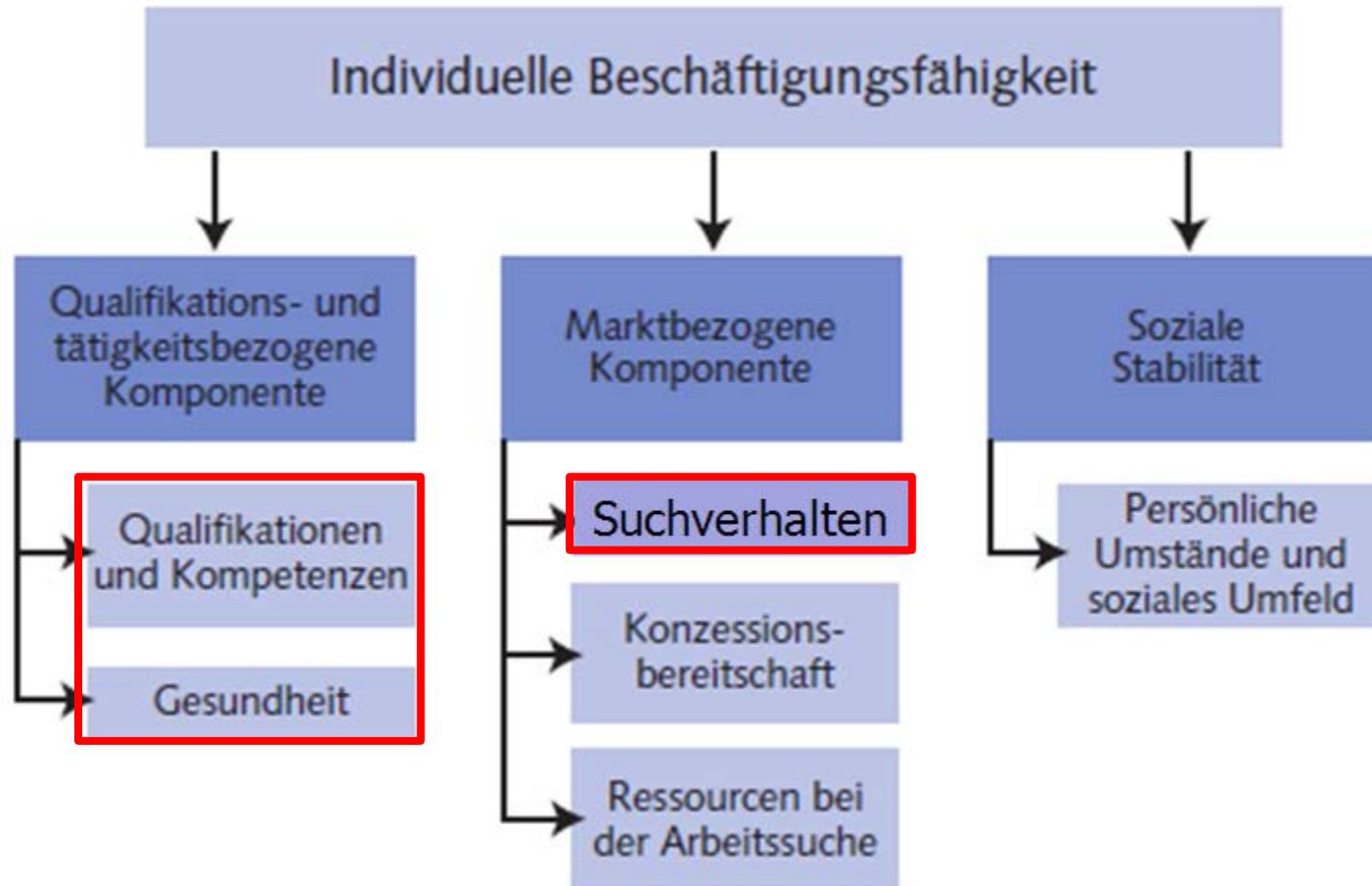


Quelle: bis 2001 IABS , ab 2002 BA; für die Jahre 2001 und 2002 liegen keine validen Daten zur Berechnung von Austrittsraten vor; aus: Erlinghagen, IAQ-Report 2010-02

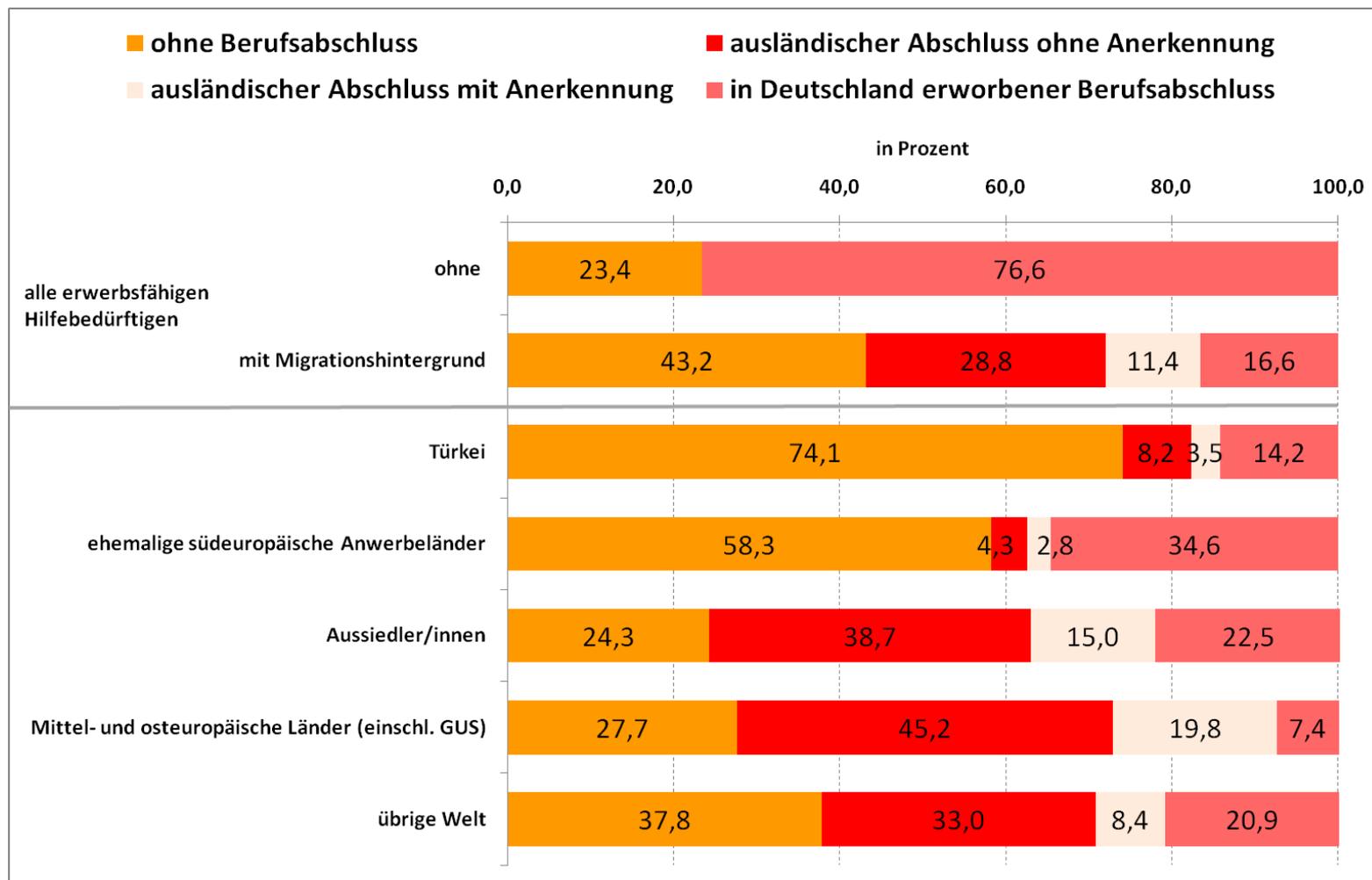
Widersprüchliche Entwicklungen am deutschen Arbeitsmarkt und in den Wahrnehmungen der Beschäftigten

- Zunahme der Erwerbstätigkeit – auch der sozialversicherungspflichtigen
- Zunahme der Übergänge aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung, Abnahme der Zugänge in Arbeitslosigkeit aus Beschäftigung
 - ⇒ Rückgang der Arbeitslosigkeit
- "Große Rezession" 2008/09 mit wenig Auswirkungen am AM
- zunehmende Thematisierung von Fachkräftemangel
- abnehmende Fluktuation am Arbeitsmarkt insgesamt
- abnehmende Gewinne durch Arbeitsplatzwechsel (Trischler/Kistler 2010)
- zunehmende Angst vor Arbeitsplatzverlust (SOEP)
- abnehmende Arbeitszufriedenheit (SOEP)
- abnehmende Anerkennung und Vielseitigkeit in der Arbeit (iga-Barometer)
- zunehmende Betriebszugehörigkeit
- Arbeitszufriedenheit nimmt bei zunehmender Betriebszugehörigkeit ab (BMAS-Studie zur Unternehmenskultur 2008)
- Wachstum des Niedriglohnssektors
- zunehmende Segmentationen
- **kaum Rückgang der Hilfebedürftigkeit**

Komponenten der Beschäftigungsfähigkeit bei ALG II Beziehenden



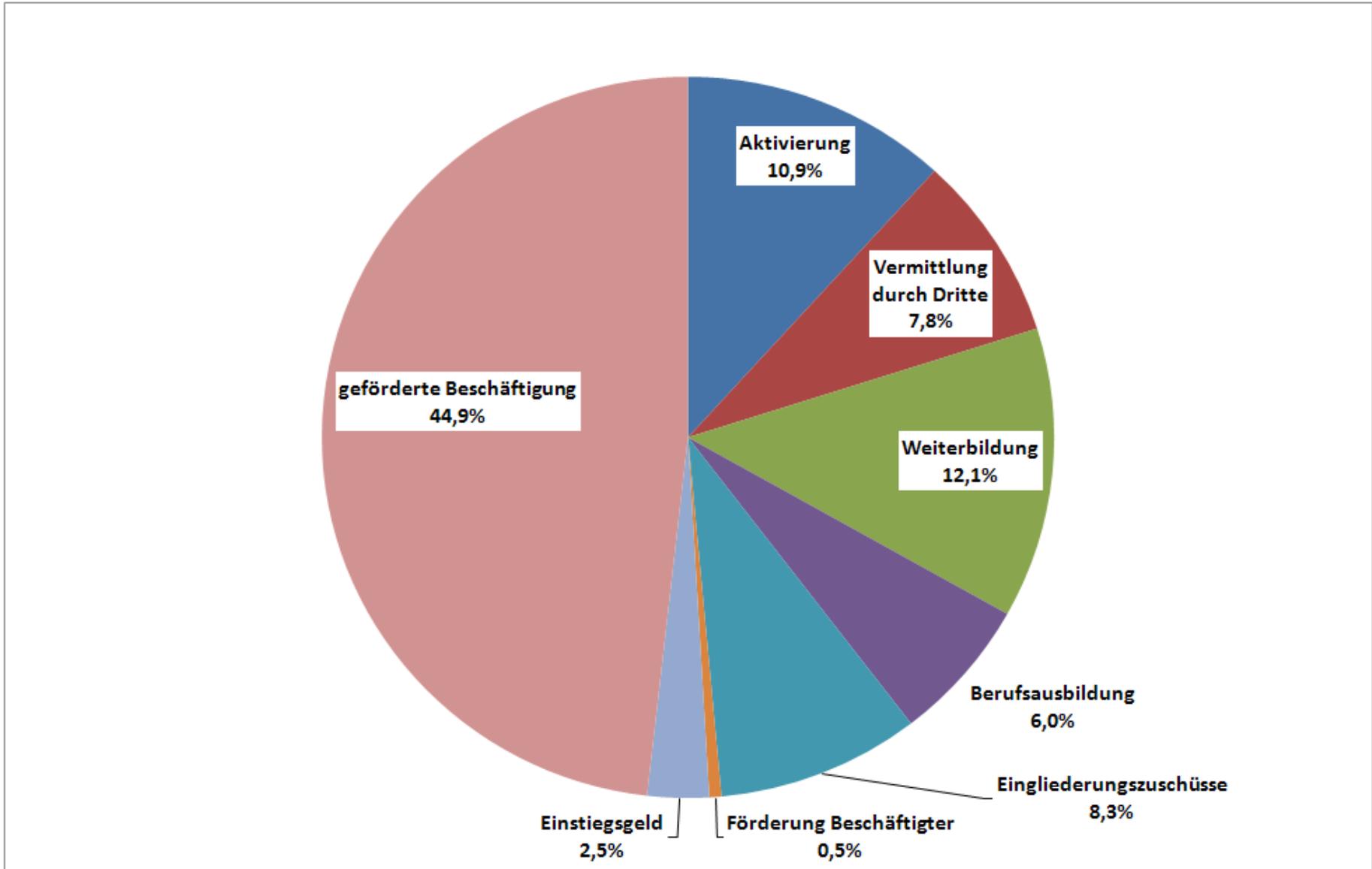
Vorliegen und Anerkennung eines beruflichen oder akademischen Abschlusses von ALG II-Bezieher/innen mit Migrationshintergrund (nur Personen ab 25 Jahre)



Zielempfehlungen für die Arbeitsförderung

- Qualität und Intensität von Dienstleistungen wichtiger als Konstruktionsdetails der "Instrumente" ⇒ Personalschlüssel
- Chancenstrukturen am Arbeitsmarkt verbessern: Dynamik entsteht durch "Pull", nicht durch "Push"!
- Investive Orientierung – Humanressourcen mobilisieren, wiederherstellen und erweitern:
 - Fachkräftereserven erschließen und entwickeln
 - Benachteiligungen aufgrund von Migrationshintergrund bearbeiten
- Aufwärtsmobilität statt Abwärtsmobilität fördern
 - z.B. Qualifizierung für unterbeschäftigte "Aufstocker"
- mehrschrittige Integrationswege erproben
- Gesundheitsförderung in Regelinstrumentarium aufnehmen

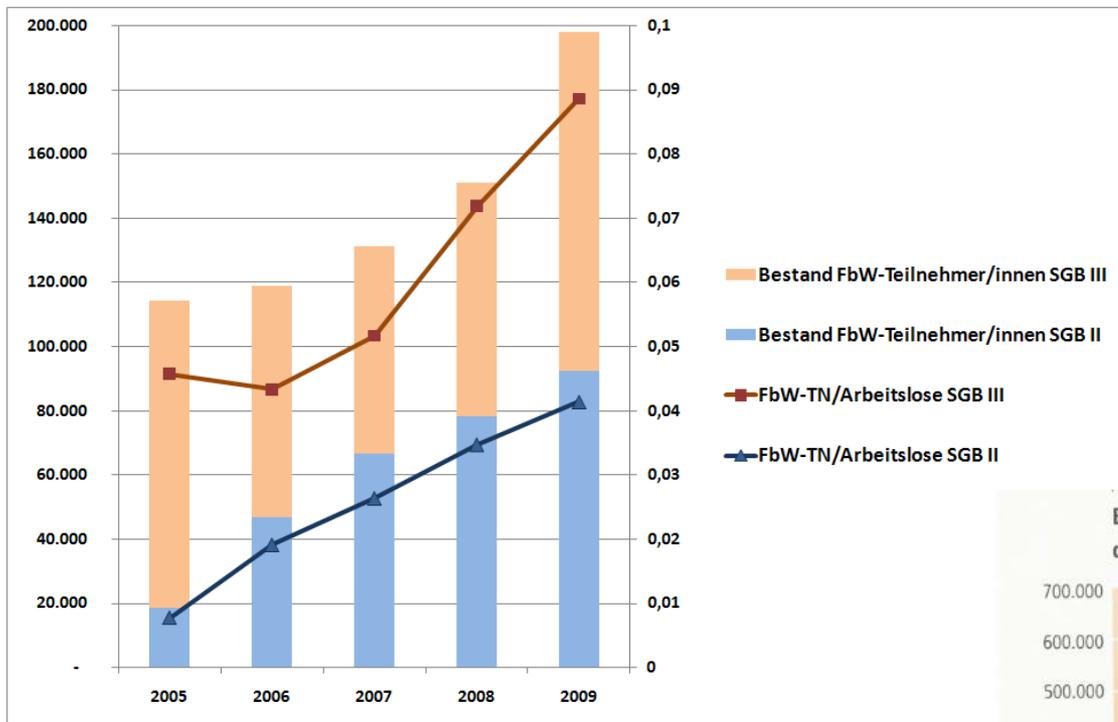
Jahresdurchschnittsbestand geförderter Teilnehmer/innen im SGB II 2009



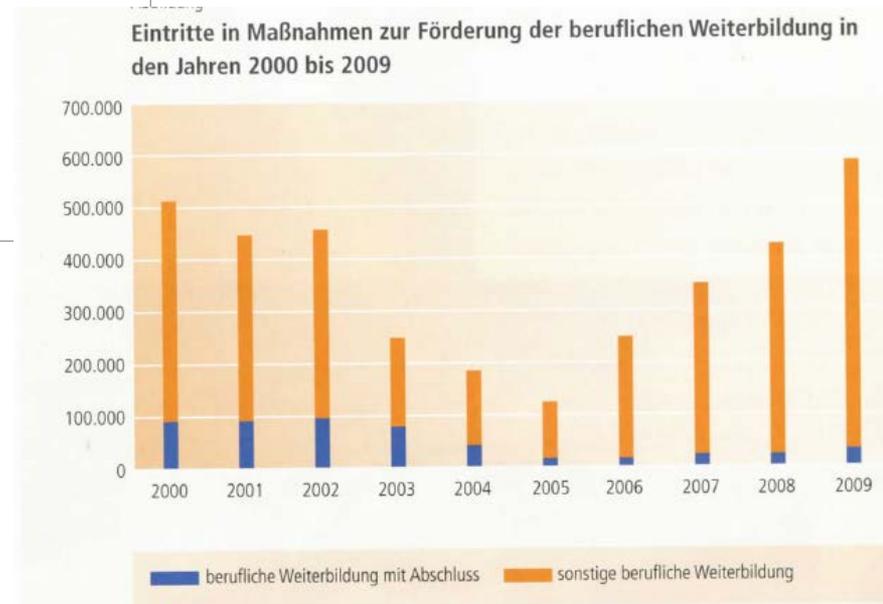
Ausgewählte Evaluationsergebnisse zur Netto-Wirkung von FbW auf den Abgang aus Arbeitslosigkeit in Westdeutschland

Jahr	Autor	Daten	Ergebnis
1995	Pannenberg	SOEP 1984-1991	0
1997	Hujer, Maurer, Wellner	SOEP 1986-1994	kurze Maßn. + / lange 0
1997	Prey	SOEP 1984-1993	Männer – / Frauen +
1997	Staat	SOEP 1984-1994	0
1999	Prey	SOEP 1985-1993	–
2000	Klose, Bender	IAB-S 1975-1995	kurzfr. + / langfr. –
2005	Lechner, Miquel, Wunsch	BA-Geschäftsdaten: FbW-Zugänge 1993/1994, Beobachtung bis 2001	kurzfr. –/ langfr. + Umschulung erhöht Beschäftigungswahrscheinlichkeit um 10-15 Prozentpunkte
2006	Biewen et al.	BA-Geschäftsdaten	kurzfr. –/ langfr. +

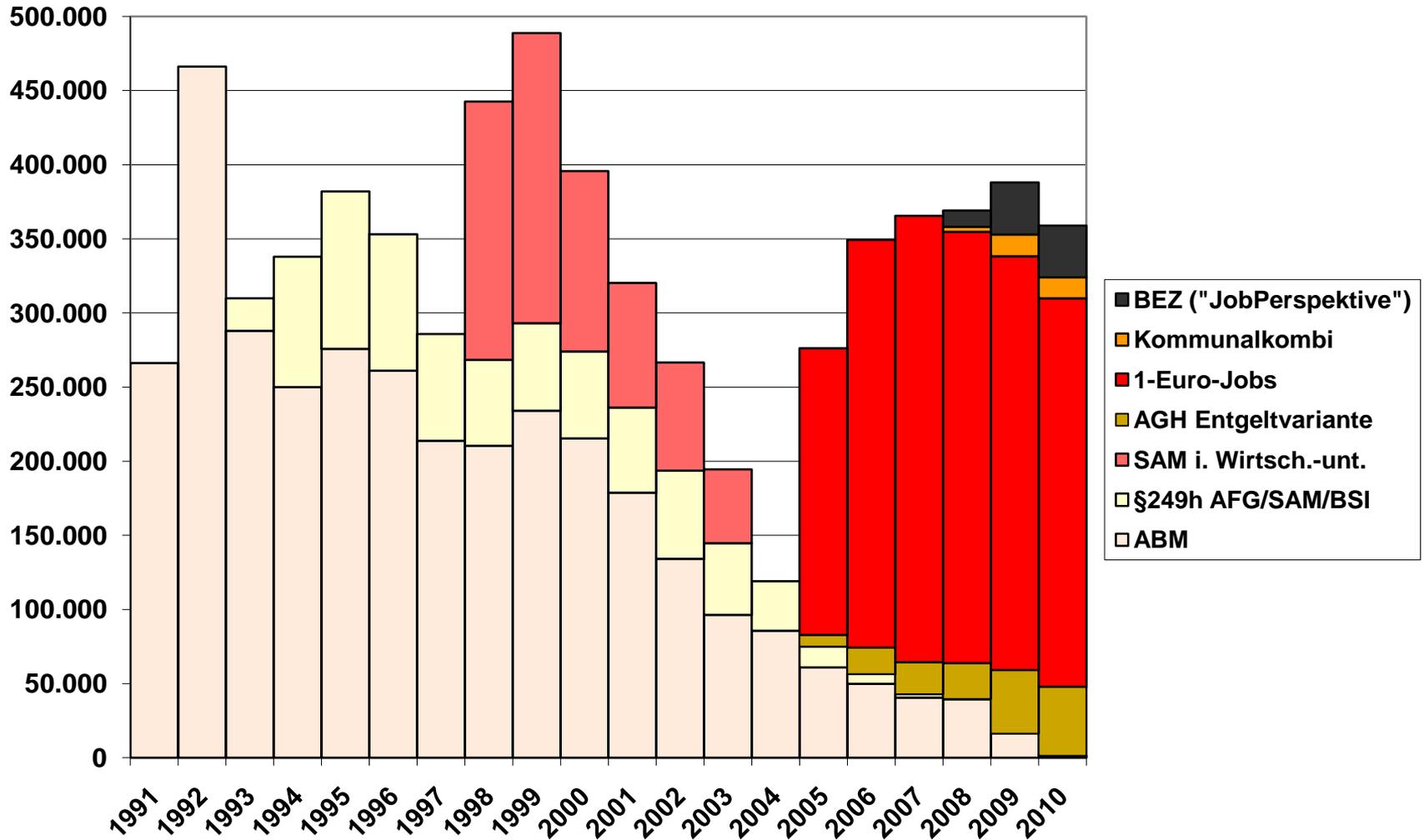
"Erholung" bei FbW – aber ohne Abschlussorientierung



"Instrumentenreform" sieht bei FbW keine Verbesserungen vor



Wechselvolle Geschichte der öffentlich geförderten Beschäftigung



Öffentlich geförderte Beschäftigung

- Abschaffung jeglicher geförderter Beschäftigung im SGB III nicht sinnvoll
- Umgang mit "Arbeitsgelegenheiten" weiterhin unentschieden:
 - Orientierung auf Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit sinnvoll
 - künftige Erfolgsmessungen **daran** zu orientieren, nicht allein an unmittelbar erzielten Integrationsquoten
 - Obergrenze für Betreuungs- und Anleitungskosten widerspricht der neuen Zielsetzung
 - etwa höhere Mittel sollten nicht pauschal zugewiesen werden, sondern nach Konzept, Aufwand und Ergebnis
 - ⇒ Koppelungsmöglichkeiten mit "Maßnahmen der Aktivierung und beruflichen Eingliederung" nach (künftig) § 45 SGB III oder mit Förderung der beruflichen Weiterbildung
 - ⇒ dann Trennung zwischen Träger der AGH und Träger der Qualifizierung zu empfehlen
- "Wettbewerbsneutralität" sollte bisher bereits durch Zusätzlichkeit und öffentliches Interesse gewährleistet sein – welche Folgen hat eine zusätzliche Legaldefinition?

"Förderung zusätzlicher Arbeitsverhältnisse" (§16e SGB II neu) ⇒ **"Soziale Integrationsbetriebe"**

- Streichung von Zusätzlichkeit und Öffentlichem Interesse als Ausschlusskriterien
- Sicherstellung der **Wettbewerbsneutralität** durch Verfahrens statt durch Legaldefinition
 - maßvolle regionale Dosierung
 - ↳ 5% ist vielleicht zu maßvoll!
 - enge Kooperation mit erwerbswirtschaftlichen Betrieben in der Wertschöpfungskette
 - Entscheidung und Monitoring im regionalen Konsens
- Arbeitsaufnahme ist freiwillig (als verpflichtendes Instrument gibt es AGH)
- **stabile flankierende Förderschiene (kein ESF)** zur beruflichen Qualifizierung

Zusammenfassende Bewertung

- Vereinfachung von Instrumenten sinnvoll – Dezentralisierung von Entscheidungskompetenz bleibt Rhetorik
- Aufhebung der Rechtskreis-Trennung bei Berufsorientierung positiv
- Umgang mit geförderter Beschäftigung weiterhin widersprüchlich
- Qualifizierungsoffensive fehlt
- spezifische Orientierung auf häufig vorkommende Vermittlungshemmnisse fehlt:
 - Gesundheit
 - Nichtanerkennung von ausländischen Qualifikationen
- Aktivierung ohne Mindeststandards der Beschäftigungsqualität wirkt negativ auf den Arbeitsmarkt

- Reform ist nicht in erster Linie problematisch beim dem was sie anpackt sondern bei dem was sie anzupacken versäumt.
- "Chancenrhetorik"
 - "Beschäftigungschancengesetz" 2010
 - "Eingliederungschancengesetz" 2011nutzt sich ab.
- Nicht einmal die Begründungsslyrik zum Gesetzentwurf macht Aussagen darüber, wessen Chancen dadurch auf welche Weise verbessert werden sollen.